

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Das Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Gendebert, für den Anzeigenenteil Rudolf K. & A. Sankel, beide in Halle. - Redaktion: Max Gendebert, 17, Fernsprecher Nr. 5407. Erscheinungsort Merseburg, Druck und Vertrieb des Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Verlagspreis: Vierteljährlich 1,25 Mark. Dem Abnehmer aus einer der Geschäftsstellen 1,15 Mark. Der den Postboten zu zahlen: Vierteljährlich 3,75 ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 10 Pf. - Satz und Druck: Die Zeitungsverleger, 30, Fernsprecher Nr. 5407. In Halle, Gr. Ulrichstraße 27. - Fernsprecher Nr. 5407. - Sitzungsprotokolle Seite 411.

Nr. 89.

Halle, Dienstag, den 22. April 1919.

3. Jahrgang.

Eine falsche Rechnung.

Das lebendige Angehörige, der Generalstreik, muß noch immer in Deutschland. Heute wird ihm ein Kopf vom Mumpse getrennt, morgen wächst an anderer Stelle ein neuer. Noch immer lassen sich bedeutende Massen der Arbeiterschaft von politischen Drahtziehern inausgerichtet Genres zu Abenteuer misbrauchen, welche letzten Endes nur darauf ausgehen, das wirtschaftliche Chaos zu vergrößern. Den Reuten, die mit der Generalstreikpartei bei bisher dem Klassenkampf indifferent gegenüber stehenden Zellen des Proletariats haften gehen, kommt es ja nicht auf eine Befundung unseres Wirtschaftsliebens an, sondern darauf, das

politische und wirtschaftliche Durcheinander zu vermehren, um dann im Ertraben zu sitzen und mehr oder minder persönlich erbeutige und andere dunkle Pläne zu verwirklichen.

In dieser Sache ist mehr als einmal darauf hingewiesen worden, in welchem Maße gerade die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse auf Kosten der Gesamtheit des Volkes gehen und in welcher unheilvollen Weise die verminderte Produktion die krisenhaften Lebensbedingungen Deutschlands in Frage stellt. Aus diesem Grunde erscheint es uns als eine bedenkliche Pflicht, klare Stellung einzunehmen gegenüber der fortgesetzten Beunruhigung unserer Wirtschaft durch die vielen Streiks.

Die „Generalstreiks“ haben bisher zweierlei Tendenzen gezeigt. Einmal sind es spartanisch in Szene

jede Sozialisierung vereitelt und zu nichte gemacht?

Wären die Arbeiter bald erkennen, daß sie durch fortgesetzte Streiks weder zur

Wirtschaftlichen Unabhängigkeit

gelangen können, noch das Werk der Sozialisierung fördern. Es wäre eine falsche Rechnung, anzunehmen, daß unsere Wirtschaft erst in Grund und Boden gestampft werden muß, um dann auf Grund und Boden gestampft werden muß, wie es eben so falsch ist, zu glauben, daß man auf diese Art dem Kapitalismus kommen kann. Der Gegensatz von Kapital und Arbeit wird nur aufgeboben

durch eine Sozialisierung,

welche die Organisation anstelle der Anarchie in der Produktion setzt. Diese Sozialisierung mit allen Mitteln und aller Entschiedenheit durchzuführen, muß Aufgabe unserer Regierung und auch gegen die fälschlich kapitalistischen Widerstände sein, und sie dabei zu unterstützen, Pflicht der Arbeiter. In ihren Händen liegt es heute, ob wir noch jemals zum Aufstieg kommen können, oder ob wir auf dem Wege dahin liegen bleiben sollen.

M. Panje.

Doch kein Dittatfrieden?

Beginn der Friedensverhandlungen.

Berlin, den 21. April 1919. Im Anschluß an das Telegramm, mit dem die deutsche Regierung am Abend des 19. April die Einladung der alliierten und assoziierten Regierungen zum 25. April nach Versailles erwidert hatte, überlieferte General Nansen der deutschen Botschaft in Spaan am 20. April nachmittags 5 Uhr 20 Minuten folgende Note:

Der Vorschlag des Ministerrats und Kriegesminister telegraphiert am 20. April 1919 unter Nr. 2076: Ich bitte Sie, der deutschen Regierung die folgende Antwort der verbündeten und assoziierten Regierungen zu übermitteln. Die alliierten und assoziierten Regierungen können nicht Abgesandte empfangen, die lediglich zur Entgegennahme des Wortlauts der Friedensartikel ermächtigt sind, wie es die deutsche Regierung vorschlägt. Die alliierten und assoziierten Regierungen sind verpflichtet, von der deutschen Regierung zu fordern, daß sie Bevollmächtigte nach Versailles entsendet, die ebenso vollständig ermächtigt sind, die Gesamtheit der Friedensfragen zu verhandeln, wie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen. Geht. Nansen.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat am 21. April nachmittags seinem Vertreter in Spaan telegraphiert: Nach dem französischen Vertreter zur Weitergabe an die alliierten Mächte folgendes mitzuteilen:

Nachdem der französische Ministerpräsident und Kriegesminister der deutschen Regierung die Anforderung der alliierten und assoziierten Regierungen übermittelte hat, die deutsche Delegationen mit einer ebenso vollständigen Ermächtigung an den Verhandlungen über die Gesamtheit der Friedensfragen zu versehen, wie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen besessen, hat die deutsche Regierung in der Voraussetzung, daß im Hinblick auf die Übernahme des Entwurfs der Präliminären Verhandlungen über deren Inhalt beabsichtigt werden, folgende mit entsprechenden Vollmachten versehene Personen zu Delegationen bestimmen:

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Grafen Brockdorff-Rantzau, Reichsfinanzminister Dr. Landsberg, Reichspostminister Giesberts, Präsident der preussischen Landesversammlung Seiner, Dr. Carl Meißner und Professor Dr. Schäfers. Als Begleiter der Delegationen sind weitere Personen in Aussicht genommen, deren Namen und Zielsetzungen die deutsche Regierung beabsichtigt in einem zweiten Telegramm bekanntzugeben wird. Die deutsche Regierung ist bereit, die betreffenden bezeichneten Personen nach Versailles zu entsenden, wenn ihr die Zustimmung gegeben wird, daß den Delegationen und ihren Begleitern während ihres Aufenthaltes dort Bewegungsfreiheit sowie freie Benutzung von Telegramm und Telefon zum Verkehr mit der deutschen Regierung gewährleistet ist. Sie behält sich vor, für einzelne Friedensfragen nachträglich besondere Bevollmächtigte zu benennen. Die Anträge der Delegationen und ihrer Begleiter würde sich ebenfalls um einige Tage verzögern.

Gen. Brockdorff-Rantzau.

Wenn die Gloden dieses Osterfestes verhallt sind, dann trifft eine kleine Schar von Deutschen in Versailles ein, die ersten friedlichen deutschen Negocianten, die seit nahezu fünf Jahren französisches Gebiet betreten. Zum ersten Male werden wieder die direkten Beziehungen zwischen Deutschland und den Vätern der Entente durch die deutsche Friedensdelegation angeknüpft.

Nach hat man einen Schieber über das Geheimnis gebreitet, das sich erst im letzten Augenblick der deutschen Delegation entpinnen soll; der von der Entente vorzuliegende Friedensvertrag wird sorgfältig geteilt gehalten. Aber nach allen Andeutungen und offiziellen Verlautbarungen besteht so gut wie gar keine Hoffnung, daß dieses Instrument der Frieden der Gerechtigkeit und Völkerverständigung enthalten wird, den Wilson angekündigt hat und nach dem sich die Völker sehnen. Die Entente diplomatie hat daselbe Kunststück zumege gebracht, wie die Kämpfer in Breit-Stroms; unter gefälligen und wohlklingenden Formen des Pazifismus die schlimmste imperialistische Kontrobande einschmuggeln.

Wir, die wir auch auf dem Höhepunkt der deutschen militärischen Erfolge für den Frieden der Völkerverständigung und Versöhnung eingetreten sind, können mit Recht betonen, daß die Vermittlung der imperialistischen Ententekränne der Welt genau so zum Unglück gerichtet wird, wie dies von einer Durchführung der altdeutschen Pläne zu erwarten gewesen wäre. Wir fordern unserer Friedensdelegation nicht das Mandat auf den Weg geben, bedingungslos zu unterzeichnen, was man ihr in Versailles vorlegen wird. Aber wir müssen es uns ganz energisch verbitten, wenn eine deutsch-nationale Parteitagung ihr bereits jetzt Vorschriften darüber machen will. Diese Herren, die zu 90 Prozent die Schuld an dem Unglück des deutschen Volkes tragen, haben gar nicht mitzureden und mitzubestimmen, ihr einziges Recht besteht darin, in völliger Selbstlosigkeit ihre Schuld wieder gutzumachen, wogegen sie allerdings wenig Neigung zeigen.

Von Versailles erwartet wir nicht Aufhebel. Aber wir wissen, daß auch der größte Vorkriegserfolg nicht stark genug ist, um das Unrecht und die Vergewaltigung der Idee für die Ewigkeit zu verantern. Die Situationen der Geschichte wechseln und beim ersten Wechsel bricht das Truggebäude der Gewalt zusammen, während die geschnitten unterdrückte und verjagte Gerechtigkeit immer wieder ihr Haupt erhebt.

An das Proletariat der ganzen Welt!

In der Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs wurde Freitag einstimmig die folgende Anfrage an das internationale Proletariat beschlossen:

Die Verammlung der Delegierten der hamburgischen Landesorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands richtet an die denkenden und organisierten Proletariate der Welt in wälfster Stunde folgende Anfrage:

Es ist wirklich der erste Wille der internationalen Arbeiterfront, speziell der Arbeiter der Ententeländer und Amerikas, die geplante Edozisierung des deutschen Volkes durch ihre imperialistisch gesinnten Regierungen gut zu heißen? Denkt die Arbeiterfront der ganzen Kulturwelt nicht mehr daran, daß das deutsche Proletariat seinem hochwürdigen Militärischen den letzten Akt gegeben hat und die sozialistische-demokratische Republik aus der Trümmern des deutschen Kaiserturns errichtet hat? Und denkt das internationale Proletariat nicht mehr daran, wie gerade es deutsche Arbeiter immer und immer wieder waren, die bei vielen Gelegenheiten: Generalstreik in Schweden, Bergarbeiterunglück in Courrières, Edozisierung in Sizilien ihre internationale Solidarität und Hilfsbereitschaft in großzügiger Weise bewiesen haben? Willt ihr, Arbeiter der Kulturwelt, nicht Euren eigenen Sozialismus in die Welt stellen, wo er dem deutschen Sozialismus, dem deutschen Sozialismus und damit dem Weltsozialismus den Todesstoß geben will? Raßt Euch mit uns auf! Es gilt nicht allein uns, dem deutschen hungernden und verjagten Proletariat, sondern es gilt in der Tat dem Sozialismus überhaupt.

Diese Anfrage wurde sofort an das internationale sozialistische Sekretariat abrefertigt und wird hoffentlich dazu beitragen, das sozialistische Weltgewissen aufzurütteln, das in dieser unheilvollsten Schicksalsstunde teilnahmslos den Dingen gegenübersteht. Es ist richtig: Geht es der Entente, Deutschlands Wirtschaft bauern zu vernichten, dann erschließt sie damit zugleich die deutschen Arbeiter und ihr sozialistisches Welt. Dieser Erfolg aber würde weiter keine Rückwirkung auf die sozialistische Arbeit der übrigen Welt haben. Der kapitalistische Weltimperialismus würde triumphieren durch die Würdigung des internationalen Sozialismus, der aus dem politischen-ökonomischen Krieg immer noch nicht gelernt hatte, das zu tun, was jetzt aber nie mehr getan werden kann.

Zweck der Beregung der Volksmehrheit, zum Ansturm gegen die junge Demokratie, die aus der Majorität der Volksgenossen geboren wurde. Das Ziel dieser Bewegung ist die Beseitigung der gegenwärtigen Regierung und die Einsetzung der Räteverwaltung. Die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit des Volkes. Unsere Stellungnahme zu diesen politischen Streiks, die im Hintergrunde bolschewistische Abenteuer nach russischem Rezept bergen, ist in vielen Aufsätzen und Vorträgen dargelegt worden. Es kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß wir nicht nur Gegner davon sind, politische Kämpfe mit Maschinengewehren und Handgranaten auszuführen, sondern ebenso Gegner jeder Diktatur, ganz gleich von welcher Seite sie kommt.

Die Generalstreiks haben aber ferner ihre Ursache in den

wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter.

Seit dem Tage ihres Bestehens haben sowohl Gewerkschaften als auch Partei mit aller Schärfe die Forderung nach dem Koalitionsrecht erhoben. Die Revoution des 9. November hat dem Proletariat nur dieses Recht gesetzlich garantiert. Damit ist ihm ein Waffen in die Hand gegeben worden, die so scharf ist, daß sie nur mit größter Vorsicht geführt werden darf, wenn sie nicht dem Bestzer selbst Schaden bringen soll. Der Anwendung dieser Waffe sind naturgemäß auch Grenzen gezogen. Diese zu erkennen ist notwendig, damit aus dem Recht eines Teiles eines Volkes nicht ein großes Unrecht für den anderen Teil erwächst. Die Vorgänge der letzten Tage beweisen aber, daß man schon überall drauf und dran ist, dieses Unrecht zu begehen. Von manchen Arbeiter-Kategorien werden Forderungen aufgestellt, die nicht mehr in den Rahmen unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse passen. Heute werden hohe Stundenlöhne neben einer 7 stündigen Arbeitszeit und morgen noch höhere Stundenlöhne neben einer 6 stündigen Arbeit gefordert. Heute sind die Eisenbahner, morgen die Bergleute, die diese Forderungen erheben, und so geht es fort in schöner Reihenfolge.

Welche Wirkungen ergeben sich nun aber daraus für unser Wirtschaftsleben? Es ist leider selbstverständlich, daß das Kapital die Kosten für diese Lohn-erhöhungen

nicht auf die eigenen Schultern nimmt, sondern dieselben auf die Preise der Produkte, auf Verbrauchsmittel usw. abwälzt.

Wer ist also der Beiträgende? Die breite Masse der Besitzlosen. Mit dieser Methode des Lebensdienens in den Forderungen scheidet sich das Proletariat ins eigene Fleisch, während das Kapital dabei fett wird. Die Preise für alle Bedarfsartikel des täglichen Lebens steigen fortgesetzt, unsere Produkte werden vom Auslande als zu teuer angesehen und die Folge, der vollständige Zusammenbruch unserer Wirtschaft! Kann nicht ausbleiben.

Sie sollen wir nun auf diese Art niemals aus unserem Dilemma herauskommen, unsere Wirtschaft wird niemals gelutet? Wird nicht dadurch auch

Die Lage in Reich.

Der Besparheitsstreik im Ruhrgebiet geht seinen Ende entgegen, für Reichsanwaltschaft besteht Arbeitspflicht. In Oberschlesien haben Textilarbeiter in Waldenburg i. Schl. Streik der Textilarbeiter wegen Lohnforderungen. Der Braunschweiger Streik ist zu Ende, in Bremen ist der Generalstreik mit einem allgemeinen Bürgerstreik beantwortet worden. Die schlesischen Kohlenarbeiter arbeiten wieder. Wegen Kohlenmangel ist in Bayern und auf den württembergischen Staats-eisenbahnen der Personenverkehr eingestellt worden. — In München ist von Regierungstruppen eingeschlossen und steht vor dem Fall, Augsburg ist den Händen der Kommunisten wieder entfallen worden, der Kriegsmittler der weißen Armee wurde gefangen genommen. Ein dachauer hat sich gleichfalls für die Regierung Hoffmann erklärt.

Die Lage in Wien.

Wien, 10. April. In seiner letzten Sitzung hatte der Zentralrat der Wiener Soldatenrat den Beschluß gefaßt, die Regierung zu stellen und die gesamte kaiserliche Aufsehermacht zu vernichten. Vor dem Parlament ist der heutige Tag nicht verlaufen. Der Volkswort, die mit der Besetzung des Parlamentes betraut ist, hält gute Mannesstout. Das Parlamentesgebäude ist vollkommen abgebrannt. Die Volkswort hat bei allen Toren der Reichsarmee angesetzt und berichtet rings um das Gebäude, auch die Reichsarmee, der Kriegsmittler der weißen Soldatenrat und auch der Mannschaften der weißen, der Volkswort es sich zur Ehrenpflicht gemacht hat, das Parlamentesgebäude nur weiteren Anstrengungen unentzerrlicher Elemente zu überlassen.

Arbeitspflicht.

Erbaumungslohe Bekämpfung für Streikende.

Wir lesen irgenbowo:

Es ist nicht genügend Erkenntnis der einfachen und höchstbaren Tatsache vorhanden, daß wenn als das Hauptübel Deutschlands der Hunger und die Arbeitslosigkeit erscheinen, man dieses Übel nicht durch Drang und Aufsehung, sondern nur durch allseitige, allumfassende, allumfassende und allgemeine Organisation und Disziplin besiegen kann, um die Produktion des Getreides für die Menschen und des Getreides für die Industrie (Brennmaterial) zu erhöhen, es rechtzeitig heranzubringen und richtig zu verteilen; daß darum an den Ursachen des Hungers und der Arbeitslosigkeit jeder, der die Arbeitsdisziplin in einem beliebigen Wirtschaftsbetriebe in der höchsten Sphäre des Reiches zu fördern, vorwärts zu stellen und erbaumungslos zu betreiben verstehen muß.

Die ganze Brutalität des Unternehmertums! Eine Gemeinheit, erbaumungslohe Strafen für Streikende anzubringen, wir protestieren im Namen... So hören wir die Unabhängigen schon reden. Wir bitten die Entzerrung zu dämpfen. Das Jutit ist wörtlich der Schritt Censensentommen. Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. Mit der einzigen Veränderung, daß wir zu Anfang anstatt Rußland — Deutschland gesetzt haben. Sonst ist nicht ein Wort verändert, was daran zweifelt, möge die bezreffende Stelle auf Seite 4748 der Leninischen Schrift nachlesen.

Man baut — auf falschen Voraussetzungen.

Die Leipziger Unabhängigen machen eine Erklärung, lehnen sich gegen die Regierung offen auf und wollen ebenfalls, weil sie übertrage Anhänger des deutschen Einheitsparties sind, eine „Republik Leipzig“ auszurufen. Man hat in Leipzig Beschlüsse gefaßt, die dahin gehen, sich keinesfalls den Anordnungen der Regierung zu beugen, und dazu hat Herr Zippinski den Leipziger Fremden plausibel gemacht, daß die Regierung den Belagerungszustand schon vor der Ermordung Herrings beschlossen hätte. Das ist natürlich eine glatte Unwahrheit, wie aus nachstehender Auswertung von Grabauer hervorgeht:

In einer Verlesung hat Herr Zippinski eine Darstellung über die Verhängung des Belagerungszustandes gemacht, die der Wahrheit durchaus widerpricht. Herr Zippinski behauptete, Minister Harmich habe zugegeben, die erste Bekanntmachung über den Belagerungszustand sei schon vor dem Tode an Herring erfolgt. Die Behauptung beruht entweder auf einem Mißverständnis des Herrn Zippinski über die tatsächliche Entstehung zu dem Zweck, die Gemüter in Leipzig gegen die Regierung aufzuwecken. Es wird daher ausdrücklich festgestellt, daß vor der Ermordung Herrings keinerlei Beschluß über eine Verhängung des Belagerungszustandes gefaßt worden ist. Auch die vom Minister Dr. Harmich als erste Bekanntmachung über den Belagerungszustand ist erst infolge des Todes an Herring bekanntgemacht worden und veröffentlicht worden. Damit erledigen sich auch die weiteren gefälligen Anschreibe, die in der Leipziger Verlesung erhoben worden sind.

Die Geschichte zweier Städte.

(17) Roman von Charles Dickens.
„Herr“ sagte der Doktor, offenbar etwas gezwungen. „Küchen Sie Herrin Stuhl her und sprechen Sie.“
„Er gebot mir, was?“ sagte Herrin, lachen aber das Gesicht weniger leicht zu finden.
„Ich habe das so gahnt, Dr. Manette, seit etwa anderthalb Jahren auf der vorletzten Stufe mit Ihrer Familie zu leben.“
„Hing er endlich an, daß ich hoffe, der Gegenstand, den ich befragen will, wird nicht.“
„Er ward unterbrochen von dem Doktor, der die Hand ausstreckte, wie um ihn zu bitten, zu schwören, daß er eine kleine Note zu gehalten hätte, die er wieder zurück und sagte:
„Ich bin nun zu den Dingen.“
„Es wird mir zu allen Zeiten immer, von ihr zu sprechen. Es fällt mir leicht, von ihr in diesem Tone sprechen zu hören, denn Sie erinnern Charles Darnay.“
„Es ist der Ton inniger Bewunderung, edelster Huldigung und tiefster Liebe, Dr. Manette, sagte er mit Ergebung.“
„Es trat eine andere vorletzte Pause ein, ehe der Vater eine Antwort gab.
„Ich glaube es. Ich lasse Ihnen Gerechtigkeit widerfahren.“
„Das Gedächtnis in jenem Wesen war so offenbar, und es war erhaben so offenbar, daß es aus einer Abhängigkeit entstand, den angelegten Gegenstand zur Sprache zu bringen, daß Charles Darnay sagte:
„Gott ist fortlassen, Sir?“
„Wollte eine Pause.“

Einigung in Angelegenheiten.

Mitbestimmungsrecht auch bei Einstellungen.

Die Verhandlungen über den Streik der Angestellten in der Metallindustrie, die am Karfreitag unter Vorbehalt des Arbeitsmittlers B. a. m. im Reichswirtschaftsministerium geführt wurden, haben in letzter Stunde zu einer Einigung geführt. Es wird durch den Schiedsrichter den Angestellten eine Mitbestimmung bei Entlassungen, Kündigungen und Entlassungen gebührt.

Der Generalstreik der Angestellten, der ja beschlossen, aber noch nicht bis ins einzelne durchgeführt war, kann durch die Beschlüsse der Verhandlungen als gerundet angesehen werden. Die Angestellten haben gefordert, das Mitbestimmungsrecht in Fragen der Einstellung, Kündigung und Entlassung in eine feste Form gefasst, die auch bei der gezielten Regelung der Mitbestimmung Angestellten in den Betrieben nicht mehr wesentlich geändert werden wird. Darin liegt die Bedeutung des Sixterfolges.

Die erregten Individuen.

Was nicht genug können jetzt die reaktionären Blätter über Individualität und Vergeltung ihrer Gefühle durch die Republik erörtern, obwohl ihnen diese mehr Zudringung angeheißt läßt, als je wahrhaftig selber je getrunken haben. Ihr Gezeir deckt aber nur ihre eigene Individualität auf von der Zeit her, in der sie die Herzen waren.

Die Kreuzzeitung ist empört, daß die kleine Stadt Köpenick bei Berlin die Hohenzollern-patriotischen

Gerechte Steuern

will die Sozialdemokratie erführen, bei denen die härteren Säulern der Wohlstand mehr belastet und die minderbemittelte Bevölkerung möglichst entlastet wird. Es soll eine recht

Sparfame Wirtschaft

in der Stadt herrschen, ohne daß am falschen Plage geparkt wird. Wer die Finanzverhältnisse hohes verbessern will, wähle bei der Stadtvorbereitung am 27. April die

Liste Kleins.

Straßennamen umändern will. Sie flagt über „Bildersittlichkeit“. Als, die Kreuzzeitung, die sich erinnern wie im Jahre 1872 die Reichsregierung der heiligen Stadt Gerechtigkeit durchaus ihre Scheidemaufträge umtaufen wollten, obwohl diese natürlich nicht nach Philipp Scheidemann, sondern nach einem ihm mehr als 100 Jahre im Grabe ruhenden Bürgermeister von Gerechtigkeit benannt war! Damals hat die Kreuzzeitung kein Wort der Verurteilung gefunden.

Die Deutsche Tageszeitung bezeichnet es als „Vergewaltigung der Herzensüberzeugung“, daß die in die Einwohnerversammlung eintretenden den Eid auf die republikanische Staatsform leisten müssen. Der Eintritt in die Einwohnerversammlung ist vollkommen freiwillig. Doch aber früher, unter der Zwangsverwaltung, lehrte man auf die Monarchie in einen Eid einzutreten, und schwer gezwungen wurde, wenn er ihn nicht leistete, daß hat die Deutsche Tageszeitung niemals als eine Vergewaltigung der Herzensüberzeugung“ angesehen. Im übrigen halten wir es für sehr angebracht, wenn auf diese Weise unordentliche Gegeir, revolutionäre aus dem Gezeir ferngehalten werden.

Die Junfermanns bleibt sich immer gleich, wenn der Junfer den Bauer püßelt, so ist dies kein gutes Recht, verbietet man ihm aber, das zu tun, so schreit er über Vergewaltigung seiner Freiheit.

Die Invalidentheorie der Kriegsgefangenen.

Die Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß die soziale Invalidenrente höchstens für ein Jahr rückwärts, vom Tage des Antrages an gerechnet, geändert wird, auch wenn die Invalidität schon früher bestanden hat. Das würde nun sehr nachteilig für diejenigen Kriegsgefangenen sein, die verkränkt sind, den Antrag auf Invalidenrente innerhalb eines Jahres nach ihrer Kriegsgefangenschaft zu stellen, insbesondere für die Kriegsgefangenen, von denen manche jetzt schon mehr als vier Jahre invalide sein mögen. Ihnen lohnt eine neue Verordnung der Regierung zu Gute. In dieser Verordnung ist bestimmt, daß Kriegsteilnehmer

bis zum Schluß des Kalenderjahres, das auf das Jahr des Kriegsendes folgt, so zu behandeln sind, als wären sie verkränkt gewesen, den Antrag auf Rente rechtzeitig zu stellen. Sie können den Antrag noch binnen drei Monaten nach diesem Zeitpunkt geltend machen. Wenn also der Friede im Jahre 1919 geschlossen wird, dann können die Kriegsgefangenen den Antrag auf soziale Invalidenrente bis zum 31. März 1921 stellen, und sie erhalten, wenn sie tatsächlich invalide im Sinne der R. V. D. und auch bei anderen Voraussetzungen des Gesetzes (Barkeit, Anwartschaft) erfüllt sind, ihre Rente für die ganze zurückliegende Zeit, die seit dem Eintritt der Invalidität verfloßen ist. Derartige Anträge werden kostenlos in den Auskunftsstellen des Reichsversicherungsamtes (Zentrale Berlin W. 50, Geisbergstraße 2) ausgearbeitet.

Seine Lebensversicherung für Garnisonssoldaten.

Wie bekannt, hat die Verfügung des Kriegsministers, daß den noch bei den Garnisonstruppenentele befindlichen Soldaten, einschließlich des Sanitätspersonalen und der Kranken, vom 1. April ab eine Lebensversicherung gebildet werden solle, bei den Truppenentscheidungen und noch mehr bei dem Sanitätspersonal Erregung verursacht. Verhandlungen haben jedoch jetzt zu dem Ergebnis geführt, daß den Mannschaften bis zum Herbstende einschließlich die bisherige Lösung weiter gegeben wird. Allerdings nur noch kurze Zeit, da die Demobilisation des Heeres im ganzen und großen bis zum 1. Mai durchgeführt sein wird. Eine Ausnahme machen die Angehörigen des Sanitätsdienstes, die auch nach ihrer Entlassung noch weit über diesen Termin hinaus gebraucht werden dürfen. Soweit die Sanitätsmannschaften nicht in die Reichsarmee übernommen werden, sollen sie durch einen Vertrag amnestiert werden, wobei Gehälter von 370 M. gezahlt werden. Auch die noch über den 1. Mai hinaus beständigen Handwerker werden durch einen Vertrag mit 14 tägiger Kündigung angestellt.

1. Sitzung des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Am 12. April trat in Berlin zum ersten Mal der neue Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge zusammen. Dem Reichsausschuß wurden die Aufgaben der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge beigegeben ist. Ihm gehören neben den Vertretern der Hauptfürsorgestellen — vor allem auch Vertreter der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenenvereinigungen an. In seiner Begrüßungsansprache übermittelte Unterrichtsminister Salfer die Wünsche und Grüße des in Weimar weilenden Reichsausschusses und widmete dem bisherigen Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge und der Nationalversammlung für die Hinterbliebenen der im Krieg Gefallenen sowie dem früheren Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen warmen Worte des Dankes und der Anerkennung für das, was sie auf diesem Gebiet sozialer Fürsorge bisher geleistet haben. Zum Vorsitzenden wurde der Vorsitzende des bisherigen Reichsausschusses, Landesdirektor v. Winterfeld, Berlin, und zum stellvertretenden Vorsitzenden der Vorsitzende des Reichsausschusses, Nationalrat Dr. Schöner, München, vorläufig gewählt. Am Anstalt in die Wahlen wurde die Sitzung eingehend beraten und der vorgelegte Entwurf einstimmig angenommen.

Die Enderung der Schulmieten.

In Berlin hat das Stadtvorordnetenkollegium gegen den beständigen Überhand aller bürgerlichen Parteien mit dem Ziel der beiden sozialdemokratischen Fraktionen beschlossen, die Hohenzollernbilder aus den Schulräumen zu entfernen. Besonders die „republikanischen“ Demokraten kräftigen sich dagegen. Das D. Z. greift die Berliner Kommunalparlamenten wegen ihres Widerstandes festig an, den es für recht überflüssig erklärt. Mit Recht bemerkt das Blatt, daß die Bilder von Wilhelm II. und des Kronprinzen an den Wänden der Schule nicht dazu beitragen, Lehrer und Schüler an die neue Staatsform zu gewöhnen, sondern nur die geistliche Konfusion verlängern und verheerend sind. Außerdem handelte es sich hierbei um keine Kunstwerke, sondern um Gipshäufchen, die man in den Schulräumen nicht, sind meist nicht der allerbesten Art und stehen auf einer erschreckenden Stufe künstlerischer Qualitätslosigkeit. Die meisten Monarchenbilder sehen aus wie Wobbebilder eines Uniformknechtens, auf die ein Individualistischer Porträtkopf aufgeklebt ist. Die künstlerische Erziehung der Jugend wird durch die Entfernung dieser Ansehensgruppen nicht leiden.

Er zeigte ihm seine Hand hin, aber seine Augen blieben auf dem Boden haften.

„Ich weiß“, sagte Darnay voll Ehrerbietung, „und mich ist es nicht möglich, das zu tun, was Sie mir sagen.“
„Ich weiß“, sagte Darnay, „da ich Sie habe Tag für Tag bekommen gesehen habe, daß zwischen Ihnen und Mir Manette eine so ungeschickliche, so rückende, so innig mit den Verbindungen, aus denen sie entstanden ist, verbundenen Zuneigung besteht, daß es weniger übergelegen geben kann, nicht nicht in der Liebe zu leben, als in der Liebe.“
„Ich weiß“, sagte Darnay, „da ich Sie umarmt, und wie könnte ich weniger übergelegen geben kann, nicht nicht in der Liebe zu leben, als in der Liebe.“
„Ich weiß“, sagte Darnay, „da ich Sie umarmt, und wie könnte ich weniger übergelegen geben kann, nicht nicht in der Liebe zu leben, als in der Liebe.“
„Ich weiß“, sagte Darnay, „da ich Sie umarmt, und wie könnte ich weniger übergelegen geben kann, nicht nicht in der Liebe zu leben, als in der Liebe.“
„Ich weiß“, sagte Darnay, „da ich Sie umarmt, und wie könnte ich weniger übergelegen geben kann, nicht nicht in der Liebe zu leben, als in der Liebe.“
„Ich weiß“, sagte Darnay, „da ich Sie umarmt, und wie könnte ich weniger übergelegen geben kann, nicht nicht in der Liebe zu leben, als in der Liebe.“
„Ich weiß“, sagte Darnay, „da ich Sie umarmt, und wie könnte ich weniger übergelegen geben kann, nicht nicht in der Liebe zu leben, als in der Liebe.“

„Ich weiß“, sagte Darnay, „da ich Sie umarmt, und wie könnte ich weniger übergelegen geben kann, nicht nicht in der Liebe zu leben, als in der Liebe.“
„Ich weiß“, sagte Darnay, „da ich Sie umarmt, und wie könnte ich weniger übergelegen geben kann, nicht nicht in der Liebe zu leben, als in der Liebe.“
„Ich weiß“, sagte Darnay, „da ich Sie umarmt, und wie könnte ich weniger übergelegen geben kann, nicht nicht in der Liebe zu leben, als in der Liebe.“

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis

(alte sozialdemokratische Partei).

Donnerstag, den 1. Mai 1919, nachmittags 3 Uhr, in der Saalschlossbrauerei

Mai-Feier,

bestehend in

Festrede, Konzert, Gesangsvorträgen, Kinderbelustigungen und Ball.

Genossinnen und Genossen! Die diesjährige Maifeier soll sein ein Gedenktag der Revolution, eine Bekräftigung des Gedankens des Wiederaufbaues der Internationale und der Errichtung des Völkerbundes. Darum muss der Tag eine Massendemonstration des arbeitenden Volkes sein.

Die Maifeier-Kommission.

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 7,30 Uhr:
„Junger Sonnenschein“
Operette von Georg Ibsen.
Kasse v. 10—11, u. 4—6.

Stadt-Theater
Mittwoch, d. 23. April 1919, Anfang 7, Ende vor 10 Uhr:
Nora
Schauspiel v. Henrik Ibsen.
Donnerstag: Itebill.

Alte Sozialdemokratische Partei für Halle u. Saalkreis

(Ebert—Scheidemann).

Donnerstag, den 24. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Stadtgymnasiums, Sophienstr. 37, 2 Treppen

Oeffentliche Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung.

1. Welche Aufgaben hat die Sozialdemokratie in der Stadtverwaltung.

Redner: Arbeitersekretär Friedrich Klees.

2. Freie Ansprache.

Die Wähler, Männer und Frauen, sind herzlich eingeladen. Am zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Eintritt 20 Btg. zur Deckung der Unkosten.

Der Einberufer.

Entlassungs- und Marschgeld.

Um die Entlassenen, denen die Entlassungsgebühren bisher garnicht oder nur teilweise gezahlt sind, beschleunigt abzuhelfen, wird bestimmt:
Alle rückständigen Forderungen sind ohne Rücksicht auf die Form der Entlassung — ordnungsmäßig oder befehlsmäßig — von dem zuständigen Bezirkskommando zu begleichen. Die Forderungsberechtigten werden hiermit angewiesen, ihre Ansprüche schriftlich bei dem Bezirkskommando unter Beifügung der Ausweispaapiere geltend zu machen.

a) Einwandfreie Forderungen sind sogleich von den Bezirkskommandos auszuführen. Es wird hierbei nachgegeben, daß, falls nach dem Entlassungsschein bei ordnungsmäßig vom Feldtruppenteil Entlassenen die Zahlung noch nicht erfolgt ist, von dem Vorhandensein der besonderen Zahlungsanweisung des Feldtruppenteils an das Bezirkskommando abgesehen werden kann.
b) Nicht einwandfreie Forderungen, deren Berechtigung zur Vermeidung von Doppelzahlungen noch der Befehlshaber bedürfen, sind von den Bezirkskommandos beschleunigt weiterzuverfolgen. Dem Antragsteller ist Zwischenbescheid unter kurzer Darlegung des Grundes zu erteilen.
Es muß von jeder Dienststelle, an die sich die Bezirkskommandos zwecks Aufklärung wenden, erwartet werden, daß sie die Anfragen unverzüglich erledigt.

Bemerkt wird, daß nur die am 9. 11. 18 und später aus dem Heere ausscheidenden Unteroffiziere und Mannschaften Anspruch auf die Entlassungsgebühren haben.

Magdeburg, den 11. April 1919.

Von seiten des Generalkommandos.

Der Chef des Generalstabes.

Bürfner.

Oberlieutenant.

3077

UT
Leipzigerstrasse 88 Fernruf 1224
Alte Promenade 11a Fernruf 5738

Die Heimat
Drama in 4 Akten.
Hauptrolle
Werner Krauß.
Vorführung
SAM 7.10 9.50

Dorrit Welxer
in dem bisher verbotenen.
prickelnden Lustspiel
„Fräulein Piccolo“
— 3 Aufst. —
Vorführung
4.10 6.20 8.20

Paradiesvogel
Das Schicksal einer
schönen Frau.
Schauspiel in 3 Akten.
Hauptrolle
Lilly Bech.
Vorführung
5.20 7.30 9.40

Mia May
in dem 4aktigen Lustspiel
„Die platonische
Ehe“
Vorführung
4.00 6.00 8.20

In beiden Theatern **Meister-Woche Nr. 14.**
Beginn 4 Uhr. Die Abendvorstellungen beginnen 8.10 Uhr.

Die Lieblingsfrau des Maharadscha
Teil I und II in Buchform an beiden Theaterkassen
erhältlich.
Beide Teile gelangen demnächst zur Aufführung.

Orpheum
Lichtspiel-Theater
Steinweg 12

Heute Programmwechsel!

Erstaufführung für Halle:
Das Tagebuch des Apothekers Warren.
Spannender Kriminalroman in 5 Akten.
In der Hauptrolle: **Lori Leux.**
Atelierzauber.
Herrliches Künstlerlustspiel.
Künstlerkapelle

Kurt Litzberg, Metallwarenfabrik.
Verkaufsstelle: **Grosse Steinstrasse 11.**
Vorteilhafteste Bezugsquelle
aller Artikel für Gas u. Elektrisch
Nenanlagen, Reparaturen sach-
gemäss und billig. :: Tel. 4025.

Möbl. Zimmer
[evtl. Wohn- u. Schlafzimmer]
aus altstehenden Möbeln, jetzt aber schon in gutem Zustand
gekauft. Offerten erbeten unter A. W. 1928 a. d. Exp. d. Zeitung.

Impfe
täglich 2-3 Uhr.
Sanitätsrat **Dr. Klautsch.**
Gr. Ulrichstrasse 31.

Großstädtschneider
auf **Werkstatt**
[evtl.]
S. Weiss, Halle a. S.,
Schulze-Str. 10/11.

Apollo-Theater
Nur noch wenige Plätze!
Abende 7 1/2, 11 1/2:
Der ersten Liebe gold'ne Zeit.
Operette von J. Gilbert.
Vorherz. u. 9-11 u. 5-11/7.

Möbel aller Art
Säulen, Schließkammer, Einrich-
tungen, Stuhlbaum-Schrank, Be-
litos, Sofas, Matrassen (gemäß
Kunstsch.) empfiehlt
H. Sahje, Hohenmüllers
Bühnenstr. 7.

Elektrisches
Install.-Material,
Glühlampen,
Pendel.
Rast.
2616 Galatzstr. 28.

Royal Corset
in **Drell**
29. 50

Beykirch
Dr. Steinstr.
33.

Damenbinden
nach prima Weise.
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 41.

Künstlerverein auf dem Pflug
Sonnabend, den 26. April, abends 8 Uhr
im **Mozartsaal, Weidenplan 20.**

Vortrag
von **Stadtbauiust Josi.**
**„Baukunst im
neuen Deutschland.“**

Karten zu M. 2.—, 1.— und 0.50 bei **Heinrich
Fothan, Gr. Ulrichstr.** und an der **Abendkasse.**

Beratungsstelle
des
Hallischen Hausfrauenbundes
ist nach
Sophienstraße 24, Hof 1
3082

Abendveranstaltungsgebäude verlegt.
Abendbeginn 24. April, Sonntag nachmittags 10-12 Uhr.
Die Abendveranstaltungen für Erörterung von Haus- und Gassen-
künden nehmen ihren Fortgang. Veranstaltungen finden in Haupt-
saal des Vereins Gr. Steinstraße 101, 10-12 und 4-6 Uhr.
Mitgliedskarten und in der Beratungsstelle gegen Bezahlung
von 10-12 Uhr.

